

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 26. Oktober 2015 – 6/2015

Frieden in Sicht?

Die aktuellen Entwicklungen in Syrien

Jahrelang tobte der von außen angeheizte Bürgerkrieg in Syrien, ohne dass eine Partei den Sieg davontragen konnte. Doch könnten die Entwicklungen des Jahres 2015 in einen Kompromissfrieden münden. Die Zerstörung des Landes schreitet rasant voran, immer mehr hoffnungslose Syrer flüchten nach Europa, das Regime ist in der Defensive und der terroristische „Islamische Staat“ (IS) expandiert. Die Groß- und Regionalmächte streben nun eine Friedenslösung an. Russland positioniert sich mit seiner jüngsten militärischen Intervention als Ordnungsmacht.

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 26. Oktober 2015 – 6/2015

Frieden in Sicht?

Die aktuellen Entwicklungen in Syrien

Jahrelang tobte der von außen angeheizte Bürgerkrieg in Syrien, ohne dass eine Partei den Sieg davontragen konnte. Doch könnten die Entwicklungen des Jahres 2015 in einen Kompromissfrieden münden. Die Zerstörung des Landes schreitet rasant voran, immer mehr hoffnungslose Syrer flüchten nach Europa, das Regime ist in der Defensive und der terroristische „Islamische Staat“ (IS) expandiert. Die Groß- und Regionalmächte streben nun eine Friedenslösung an. Russland positioniert sich mit seiner jüngsten militärischen Intervention als Ordnungsmacht.

Frieden in Sicht?

Die aktuellen Entwicklungen in Syrien

Martin Pabst

Stellvertreterkrieg und militärisches Patt

In der zweiten Jahreshälfte 2011 konnten die Rebellen in ländlichen Gebieten Fortschritte machen. Nicht zuletzt dank brutaler Kriegsführung gelang es aber den Truppen von Staatspräsident Bashar al-Assad, sich im Laufe des Jahres 2012 wieder zu stabilisieren. In Damaskus wehrte die Regierung einen Rebellenvorstoß ab, in Aleppo konnte sie die westlichen Stadtteile behaupten, und im Nordosten hielt sie sich den Rücken frei, indem sie den ungeliebten Kurden eine faktische Selbstverwaltung zugestand. Zum Jahreswechsel 2012/13 waren die Rebellen wieder auf dem Vormarsch und eroberten wichtige Militärstützpunkte, Staudämme und Ölquellen. Nun gaben aber nicht mehr die gemäßigten Kampfgruppen der „Freien Syrischen Armee“ (FSA), sondern radikalislamische Milizen wie die zum al-Qaida-Netzwerk gehörende al-Nusra-Front den Ton an. Ab Mitte 2013 konnten dann die Regierungstruppen mit Hilfe iranischer Revolutionsgardisten und Hisbollah-Milizionäre aus dem Libanon wieder Boden gut machen.

Der Bürgerkrieg war zum Stellvertreterkrieg geworden: Die Regierung erhielt militärische und finanzielle Unterstützung von Russland und dem Iran, das Rebellenlager insbesondere von Saudi-Arabien, Katar und der Türkei, die aber miteinander konkurrierten und unterschiedliche Milizen förderten. Moskau und Teheran suchten ihren langjährigen Verbündeten Assad an der Macht zu halten, was insbesondere für den Iran ein geostrategisches Ziel ersten Ranges ist. Im Gegenzug war Saudi-Arabien bestrebt, den iranischen Einfluss in Syrien ein für alle Mal auszuschalten. Katar suchte mit seinem Syrien-Engagement in Konkurrenz zu Saudi-Arabien außenpolitisches Profil zu gewinnen. Die Türkei strebte nach politischer und ökonomischer Dominanz in ihrem südlichen Nachbarland, einer früheren osmanischen Provinz.

Ein neuer Faktor ab 2013 war der aus dem Irak eingesickerte IS. Die dschihadistische Terrororganisation eroberte weite Gebiete im Norden und Osten Syriens und beherrscht heute die Hälfte des Territoriums, während die Regierung nur noch an die 30 % hält. Der durch Plünderungen, Entführungen, Raubgrabungen antiker Schätze und Ölschmuggel reich gewordene IS führt ethnische und religiöse „Säuberungen“ durch, betreibt die Zerstörung der bestehenden Staaten und Grenzen, entführt und ermordet westliche Staatsbürger und strebt eine weltweite totalitäre Kalifatsherrschaft an. Seit September 2014 fliegt eine US-geführte Koalition Luftangriffe gegen den IS in Irak und Syrien. Sie konnte ihn partiell schwächen, seine Macht aber nicht ernstlich erschüttern.

Im Irak profitiert der IS von einer unbeliebten, korrupten Regierung und vom ungelösten Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten, in Syrien ist er der lachende Dritte im Dauerbürgerkrieg zwischen geschwächten Regierungskräften und zersplitterten Rebellengruppen. Das Erscheinen des IS machte die militärische Lage in Syrien noch unübersichtlicher. Der Sieg einer Konfliktpartei wurde dadurch noch unwahrscheinlicher.

Militärische Entwicklungen in der ersten Jahreshälfte 2015

Der IS drang nach Westen vor und eroberte am 20. Mai von der Regierung die Stadt Tadmor unweit der antiken Ruinenstadt Palmyra. Damit war die Terrororganisation nur gut 200 km von Damaskus entfernt, und sie stieß nach Westen in Richtung Homs vor. Der IS beherrscht inzwischen auch weite Teile des nördlichen Grenzgebiets zur Türkei und attackierte ab Jahresmitte Rebelleneinheiten nördlich von Aleppo.

Im Süden und Nordwesten erzielten Rebellen in der ersten Jahreshälfte 2015 bedeutende Gebietsgewinne zu Lasten der Regierungskräfte. Verantwortlich hierfür war eine saudisch-katarisch-türkische Verständigung. Trotz mancher Differenzen teilen alle drei Staaten das Ziel eines Sturzes von Präsident Assad und sind über die zurückhaltende Politik der USA enttäuscht. Saudisches Geld, katarische Diplomatie und türkische Militärhilfe schmiedeten die Rebelleneinheiten „Southern Front“ und „Jaish al-Fatah“ (Armee der Eroberung) zusammen. Das Vorgehen wurde im Hintergrund diskret von Israel unterstützt, das eine von Rebellen kontrollierte Pufferzone östlich der Golanhöhen anstrebt, um den Erbfeind Hisbollah von dort fernzuhalten. Zur Erreichung dieses Ziels arbeitet Israel sogar mit dschihadistischen Gruppen wie der al-Nusra-Front taktisch zusammen.

Die nun professionell unterstützte und koordinierte „Southern Front“ nahm am 25. März die Stadt Busra al-Sham, am 1. April den letzten von der Regierung gehaltenen Grenzübergang (Nasib) zu Jordanien sowie am 9. Juni den Stützpunkt der Brigade 52 in der Provinz Dara'a ein. Zuletzt erzielten ihre Kämpfer Anfang Oktober Gebietsgewinne im Raum Kuneitra bei den Golanhöhen.

Im Nordwesten eroberte die „Jaish al-Fatah“ fast die gesamte Provinz Idlib: am 28. März 2015 die gleichnamige Provinzhauptstadt, am 25. April den wichtigen Verkehrsknoten Jisr al-Shogur (unter den vielen Hunderten gefallenen Regierungssoldaten waren zwölf Generäle), am 9. September den letzten Luftwaffenstützpunkt Abu Alduhur der Regierung. Das noch von der Regierung gehaltene West-Aleppo war damit noch isolierter als zuvor. Außerdem begannen die Rebellen, von Idlib aus in die alawitisch besiedelte Küstenprovinz Latakia vorzustoßen, ein Kerngebiet der Regierung.

Im Großraum Damaskus sind die Kämpfe näher an das Stadtzentrum herangerückt. Am 9. September eroberte die Rebellengruppe Jaish al-Islam das strategisch wichtige Gebiet Tel Kurdi, und seit Ende August ist im Süden der Hauptstadt (Qadam-Distrikt) auch der IS präsent. Nur in den Kalamun-Bergen entlang der Grenze zum Libanon, von wo die strategisch wichtige Straße zwischen Damaskus und Homs kontrolliert wird, erzielten die Regierungstruppen zusammen mit

verbündeten Hisbollah-Kämpfern Gebietsgewinne. Zunehmend musste sich die Regierung auf die Beherrschung eines von Damaskus über Homs und Hama zu den Küstenprovinzen Tartus und Latakia reichenden Kernraums beschränken.

Gründe für die Schwäche der Regierungskräfte war der Mangel an Soldaten, wie von Staatspräsident Assad am 26. Juli in einer Rede erstmals offen eingeräumt wurde. Die zunehmenden Gefechtsverluste und Desertionen können nicht mehr hinreichend ersetzt werden. Hisbollah-Kämpfer, iranische „Militärberater“ sowie schiitische Freiwillige aus dem Irak und Afghanistan müssen Lücken auffüllen, erleiden aber selbst hohe Verluste. Mit immer brutaleren Fassbombenabwürfen sucht die Regierung die Rebellenhochburgen zu treffen. In erster Linie fordern sie freilich unter Zivilisten Opfer, und die Zerstörung der Lebensgrundlagen schreitet rasant voran, ohne dass die Rebellen durch die Angriffe entscheidend militärisch geschwächt werden.

Ursachen der syrischen Flüchtlingswelle

Mehr als 4 Mio. Syrer sind gemäß dem UNHCR inzwischen in Nachbarländer geflohen, und 7,6 Mio. sind zu Binnenflüchtlingen geworden. Damit hat bereits jeder zweite Syrer seine Heimat verloren.

Im Sommer 2015 eskalierte der Flüchtlingsstrom von der Türkei über das Mittelmeer und Griechenland bzw. Italien nach Deutschland und weiteren Staaten der EU. 562.797 Flüchtlinge und Migranten kamen gemäß UNHCR bis Anfang Oktober auf der Mittelmeerroute in die EU, davon waren 55 % Syrer.¹ Andere versuchen über Land in Richtung Westen zu flüchten. Was sind die Ursachen dieser Völkerwanderung?

Angesichts der rasch fortschreitenden Zerstörung der Lebensgrundlagen verstärkten sich im Jahr 2015 Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. In Rebellengebieten herrscht die Furcht vor den mörderischen Fassbomben der Regierung vor, doch fürchtet man auch den Terror des vorrückenden IS. Im Regierungslager schwindet die Zuversicht, dass Assad den Krieg gewinnt. Ökonomische Engpässe werden spürbar. Syriens Wirtschaft ist gegenüber 2011 um mehr als die Hälfte geschrumpft, das syrische Pfund hat 80 % seines Werts verloren, die jährliche Inflationsrate liegt bei über 50 %.² Immer mehr Soldaten bzw. Milizionäre desertieren, und junge Männer entziehen sich dem Wehrdienst durch Flucht ins Ausland. Die Ober- und Mittelschicht schickt ihre Kinder nach Europa. Insbesondere die religiöse Minderheit der Alawiten (12 %), der Staatspräsident Assad und die Elite in Staat und Militär angehören, fürchtet nicht ohne Berechtigung für den Fall eines Machtwechsels Racheakte, ist sie doch nicht nur für den IS, sondern auch für diverse Rebellengruppen das Feindbild Nr. 1.

Unter den Flüchtlingen in den Nachbarländern schwindet nach vier Jahren Krieg die Hoffnung auf Rückkehr. Im Libanon und in der Türkei (1,2 bzw. 1,9 Mio. registrierte Flüchtlinge zuzüglich Dunkelziffer) sind die Verhältnisse in den Lagern bzw. in provisorischen Behausungen besonders schlecht. Spannungen mit der ansässigen Bevölkerung nehmen zu. Zum Fluchttreiber wur-

den auch die drastischen Kürzungen der Lebensmittelrationen für syrische Flüchtlinge, die das Welternährungsprogramm aufgrund gekürzter Budgets ab Jahresanfang 2015 vornehmen musste. Gerüchte über schnelle Aufenthaltsgewährung und hohen Arbeitskräftebedarf in Deutschland taten ein Übriges, um den Flüchtlingsstrom anzufachen.

Hinzu kam eine Instrumentalisierung der Fluchtbewegung durch die Türkei. Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan verübelt es der EU, dass sie seine antikurdische Politik kritisiert und dass sie seinen Plan einer Flugverbots- und Schutzzone im Norden Syriens nicht tatkräftig unterstützt. Mit einem Strom syrischer wie auch irakischer, pakistanischer, afghanischer Flüchtlinge setzte er die EU unter Druck, um Konzessionen zu erzwingen. Flüchtlinge wurden 2015 an der türkisch-griechischen Grenze kaum mehr kontrolliert, Schlepperorganisationen durften in der Türkei unbehelligt agieren.³ Das Kalkül ging auf: Der ungeliebte türkische Staatspräsident wurde prompt im Oktober 2015 zu Gesprächen nach Brüssel eingeladen, wo er seine Forderungen stellte: Unterstützung seines Kampfes gegen die kurdische PKK und ihren syrischen Ableger PYD sowie Unterstützung für die Errichtung einer Flugverbots- und Schutzzone in Nordsyrien unter türkischem Patronat. Syrische Flüchtlinge, die in der Türkei Zuflucht gefunden haben, sollen dorthin abgeschoben werden, und von der Türkei unterstützte Rebellen könnten dort sichere rückwärtige Stützpunkte errichten. Die Position der Türkei in künftigen Friedensverhandlungen würde durch eine solche Entwicklung erheblich gestärkt.

Die russische Intervention seit September 2015

Mit dem direkten militärischen Eingreifen Russlands hat sich die Lage erheblich verändert. Seit dem 30. September fliegen russische Kampfflugzeuge auf Bitten der syrischen Regierung Angriffe gegen „Terroristen“, worunter Russland sowohl den IS wie auch die Assad-feindlichen Rebellen unterschiedlichster Couleur versteht. So bombardierten russische Kampfflugzeuge in der ersten Woche Stellungen der Rebellen in den westlichen Provinzen Idlib und Homs, und sie unterstützten aus der Luft eine Gegenoffensive der Regierung in der Provinz Homs.

Zusätzlich zu seiner seit 1971 bestehenden kleinen Marinebasis Tartus legt Russland nun am Flughafen der Stadt Latakia einen Luftwaffenstützpunkt an. Es verlegte 28 hochmoderne Kampfflugzeuge, 15 Kampf- und Transporthubschrauber, 9 Panzer, Artilleriegeschütze sowie 2 bis 3 SA-22-Luftabwehrsysteme nebst inzwischen an die 2.000 Soldaten nach Syrien.⁴

Im Westen wird die Befürchtung geäußert, dass sich Russland massiv in den Krieg einmischen sowie mit diesem Vorgehen die NATO provozieren und an ihrer südöstlichen Flanke in die Zange nehmen will. Doch ist derzeit eher wahrscheinlich, dass die Militärintervention begrenzte Ziele hat, wofür auch das beschränkte Kräftedispositiv hindeutet.

Erstens sucht Russland einen Zusammenbruch seines Verbündeten Assads zu verhindern, der insbesondere in der Küstenprovinz Latakia und im Raum Damaskus akut bedroht ist. Dies ist auch im Interesse des Westens, denn eine unkontrollierte Implosion des (Rest-)Staates könnte

chaotische Folgen haben. Beim Fall der Hauptstadt wäre z. B. ein Machtkampf zwischen den kampfstärksten Gruppierungen al-Nusra-Front und IS wahrscheinlich. Ausgeschlossen ist auch nicht, dass sich diese beiden dschihadistischen Gruppierungen nach einem Zusammenbruch der Regierung wieder versöhnen könnten, was das Bedrohungspotenzial für den Westen noch verstärken würde. Mit seiner Militärintervention hat Moskau auch die türkischen Pläne einer Flugverbots- und Schutzzone in Nordsyrien durchkreuzt, wodurch die Assad-feindlichen Rebellen im Norden und Nordwesten gestärkt worden wären. Russland ist derzeit dabei, für anstehende Friedensgespräche wieder eine Pattsituation auf dem Schlachtfeld herzustellen.

Zweitens positioniert sich Moskau durch seine Militärintervention als Ordnungsmacht. Bei Friedensverhandlungen kann es dann aus einer Position der Stärke agieren – nicht nur gegenüber dem Westen, den Golfstaaten und der Türkei, sondern auch gegenüber dem in Syrien bereits seit Längerem militärisch engagierten Iran.

Drittens ist Russland bestrebt, dschihadistische Bedrohungen im eigenen Land bereits im syrischen Vorfeld auszuschalten. So kämpfen Freiwillige aus Russland für die al-Nusra-Front und in noch stärkerem Umfang für den IS (an die 5.000 Mann). Entgegen anderslautender Behauptungen ist Moskau daher durchaus auch an einer Zerschlagung des IS interessiert.

Viertens will Russland mit seiner Syrien-Intervention gegenüber dem Westen demonstrieren, dass es wieder als globaler außenpolitischer Akteur präsent ist. Traditionelle Einflussphären der Sowjetunion werden wieder besetzt. Der Westen braucht Russland für eine Friedenslösung in Syrien. Damit kann Moskau möglicherweise Zugeständnisse im Ukraine-Konflikt einhandeln.

Die USA und ihre Verbündeten werden ein begrenztes militärisches Engagement Russlands in Syrien wahrscheinlich hinnehmen. Es birgt freilich das Risiko einer Eskalation, insbesondere wenn Russland doch der Versuchung erliegen würde, über die Wiederherstellung eines militärischen Patts hinauszugehen und einen Sieg des Assad-Lagers anzustreben.

Chancen für eine Friedenslösung

Bei allen in den Syrien-Konflikt involvierten Staaten wächst die Einsicht, dass eine vollständige Implosion des Landes und ein weiteres Erstarren des IS unkalkulierbare negative Folgen auslösen könnten. Seit 2015 verstärken daher alle Akteure ihre Bemühungen um eine Friedenslösung. Ein Beleg hierfür ist, dass sich der UN-Sicherheitsrat am 17. August erstmals seit zwei Jahren einstimmig für die vom UN-Sondergesandten Steffan de Mistura vorgeschlagene Wiederaufnahme von Friedensgesprächen aussprach.

Das Atomabkommen vom 14. Juli 2015 hat zu einer Annäherung zwischen den USA und dem Iran geführt. Dies erleichtert eine Friedenslösung in Syrien. Bei den zunächst geheimen Atomgesprächen zwischen dem Iran und den USA hatte der Oman eine Gastgeberrolle übernommen. Das Sultanat verfügt über gute Beziehungen zum Westen, zu Saudi-Arabien wie auch zum Iran. Es bietet sich auch bei der Lösung des Syrien-Konflikts als „facilitator“ an.

Russland tritt nicht nur als Militärmacht, sondern auch als emsiger Vermittler in Erscheinung. Anlässlich der Internationalen Luft- und Raumfahrtmesse in Moskau sprachen Ende August der jordanische König Abdullah II., der ägyptische Präsident Abd el-Fattah al-Sisi und der Kronprinz von Abu Dhabi Muhammed Bin Zayan mit Staatspräsident Wladimir Putin und hochrangigen russischen Politikern. Am 11. Oktober trafen Putin und der saudische Verteidigungsminister Mohammed bin Salman in Sotschi zusammen und bekräftigten ungeachtet aller Differenzen die gemeinsamen Ziele der Terrorismusbekämpfung und der Herbeiführung nationaler Versöhnung in Syrien. In den nächsten Monaten wird der saudische König Salman in Moskau erwartet, im Gegenzug plant Putin einen Besuch in Riad.⁵ Ende August weilte zudem Mikhail Bogdanov, Russlands Sondergesandter für den Nahen und Mittleren Osten, in Teheran.⁶ Russland pflegt enge Kontakte zur Assad-Regierung, deren völkerrechtliche Legitimität es betont. Andererseits wurden Mitte August auch Vertreter der Assad-feindlichen Rebellen zu Gesprächen nach Moskau eingeladen.

Die Kontakte zwischen USA, Russland und Saudi-Arabien haben sich intensiviert. So trafen am 3. August der US-Außenminister John Kerry, der russische Außenminister Sergej Lawrow und der saudische Außenminister Adel al-Dschubeir in Doha (Katar) zusammen. Saudi-Arabien hat sich unter der Führung des neuen Königs Salman zum Jahresanfang mit Katar und der Türkei versöhnt und eine gemeinsame Unterstützung von Rebellen in die Wege geleitet. Spätestens seit dem militärischen Eingreifen Russlands dürften die drei Staaten die Hoffnung auf einen Sieg ihrer Alliierten aufgegeben haben. Gebietsgewinne der Rebellen in der ersten Jahreshälfte verleihen ihnen immer noch eine passable Ausgangsposition, um ihre Interessen bei Friedensverhandlungen einzubringen.

Wie pragmatisch die Politik Saudi-Arabiens inzwischen geworden ist, zeigt die Tatsache, dass man Ende Juli den syrischen Geheimdienstchef Ali Mamlouk zu Gesprächen nach Riad einlud. Mamlouk reiste auch in den Oman, daraufhin wurde Ende August Syriens Außenminister Walid Muallem dorthin eingeladen.⁷

Der Iran ist nicht an einem eskalierenden Krieg, einem weiteren Erstarren des IS und einer Verschärfung des Konflikts mit Saudi-Arabien interessiert. Priorität nach dem erfolgreichen Abschluss des Atomabkommens dürften die Gewinnung außenpolitischen Prestiges und die Wiederbelebung der darniederliegenden Wirtschaft haben. Teheran signalisiert seine Verhandlungsbereitschaft. Der iranische Außenminister Dschawad Zarif reichte am 12. August in Beirut den arabischen Golfstaaten die Hand zur Kooperation und regte den „Austausch von Ideen“ an.⁸

Die USA dürften mit dem Vorpreschen Russlands als Interventions- und Ordnungsmacht leben können. Sie haben sich in Syrien stets zurückgehalten. Manches spricht dafür, dass Washington nie ernsthaft vorhatte, Staatspräsident Assad zu stürzen, sondern nur ihn zu schwächen. Denn nur ein starker Assad war eine potenzielle Gefahr für US-amerikanische Interessen und Israel. Die Rebellen wurden von den USA stets nur halbherzig unterstützt, und als Washington schließlich – ohne Erfolg – selbst Rebellenverbände ausbildete und bewaffnete, beauftragte es sie mit der Bekämpfung des IS, nicht der Regierung. An einem Fall von Damaskus ist Washington

nicht interessiert. Das die „Southern Front“ unterstützende Military Operations Center (MOC) in Jordanien, in dem US-Offiziere sitzen, hält das Rebellenbündnis von einem Vormarsch auf die Hauptstadt ab.⁹

Die US-Verbündeten Frankreich und Großbritannien fordern bis heute einen Rücktritt Assads als Voraussetzung für eine Friedenslösung, dürften sich aber letztlich der zurückhaltenden Linie der USA anschließen. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass Assad von den religiösen Minderheiten (Alawiten, Drusen, Christen, Schiiten) zumindest für eine Übergangsphase als Garant für ihr Überleben betrachtet wird.

US-amerikanische Zurückhaltung empfiehlt sich in Syrien: Denn ein stärkeres Auftreten wird durch Widersprüche in seiner Außenpolitik erschwert. So unterstützt Washington in Nordsyrien die kurdische PYD in ihrem Kampf gegen den IS, während der Verbündete Türkei diese Partei als terroristische Vereinigung betrachtet. Im Irak kooperieren die USA bei der Bekämpfung des IS mit der schiitischen Regierung von Premierminister Haider al-Abadi und indirekt mit dem Iran, was die Beziehungen zu den sunnitisch dominierten syrischen Rebellen belastet.

In der Chemiewaffenkontroverse vom Sommer 2013 schlossen sich die USA dem russischen Abrüstungsplan an, der auch von der syrischen Regierung akzeptiert wurde. Möglicherweise überlassen sie wieder Moskau die Führung. Denkbar wäre eine Absprache der Einflussphären zwischen Washington und Moskau: Im Irak respektiert Russland die US-amerikanische Dominanz, während die USA in Syrien Russland den Vortritt überlassen. Natürlich müssten in einem auszuhandelnden Kompromissfrieden auch die Interessen der Regionalmächte Berücksichtigung finden. Die geschwächte Assad-Regierung und die von externer Unterstützung abhängigen Rebellen werden sich energischen internationalen Friedensbemühungen nicht entziehen können. Nach einer Einigung könnten verbliebene Spielverderber wie der IS und möglicherweise die al-Nusra-Front mit vereinten Kräften bekämpft werden.

Wenn sich in Kriegen Friedensgespräche abzeichnen, pflegen Konfliktparteien ihre militärischen Anstrengungen zu intensivieren, um sich eine starke Ausgangsposition zu verschaffen. Vieles spricht dafür, dass in Syrien eine solche Entwicklung in Gang gekommen ist.

Es ist zu hoffen, dass die näher gerückten Friedensbemühungen nicht erneut scheitern und das geplagte Land eine tragfähige neue Ordnung bekommt, die allen Bevölkerungsgruppen Schutz und Einfluss gewährleistet sowie die strategischen Interessen aller Groß- und Regionalmächte garantiert.

Autor

Dr. Martin Pabst ist Politikwissenschaftler, Büro Forschung & Politikberatung in München, und stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Landesverband Bayern.

Anmerkungen

- ¹ UNHCR: Refugees / Migrants Emergency Response – Mediterranean, 8.10.2015, <http://data.unhcr.org/mediterranean/regional.php>, Stand: 8.10.2015.
- ² Butter, David: Syria's Economy. Picking up the Pieces, Chatham House, Research Paper, Juni 2015.
- ³ Turkish border officials allowing Syrian asylum seekers to holiday ferries into Greece, in: The Telegraph, 27.5.2015, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/greece/11634054/Turkish-border-officials-allowing-Syrian-asylum-seekers-to-holiday-ferries-into-Greece.html>, Stand: 11.10.2015; Martens, Michael: Die Macht des Schleusenwärters, in: Süddeutsche Zeitung, 21.9.2015.
- ⁴ Schmitt, Eric / MacFarquhar, Neil: Russia Expands Fleet in Syria With Jets That Can Attack Targets on Ground, in: New York Times, 21.9.2015, www.nytimes.com/2015/09/22/world/middleeast/russia-deploys-ground-attack-aircraft-to-syrian-base.html
- ⁵ Ehrhardt, Christoph / Schmidt, Friedrich: Mit Assad gegen die Dschihadisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.8.2015.
- ⁶ McInnis, J. Matthew / Bowen, Andrew: The Saudi-Syrian back channel to end the war, in: Foreign Policy, 17.8.2015.
- ⁷ Ebd.
- ⁸ Iran extends hand to Arab world: Zarif from Beirut, in: The Daily Star, Lebanon, 12.8.2015, <http://www.dailystar.com.lb/News/Lebanon-News/2015/Aug-12/310803-iran-extends-hand-to-arab-world-zarif-from-beirut.ashx>, Stand: 11.10.2015.
- ⁹ Russia's Syria strikes hold both strategic, symbolic importance, in: Al Monitor, 9.10.2015, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/10/syria-deraa-isis-raqqa-sanamein-moc-regime-crisis-group.html#ixzz3oQwKqrBP>, Stand: 11.10.2015.